

presse

SPD begrüßt Vorschlag der privaten und kommunalen Entsorgungswirtschaft

Zur Vorstellung des gemeinsamen Positionspapiers vom Bundesverband Sekundärrohstoffe und Entsorgung e.V. (bvse), Verband Kommunale Abfallwirtschaft und Stadtreinigung im VKU (VKS im VKU), Deutscher Städtetag, Deutscher Landkreistag, Deutscher Städte- und Gemeindebund sowie der Bundesverband Dualer Systeme Deutschland (BDSD) erklärt der zuständige Berichterstatter der SPD-Bundesfraktion Gerd Bollmann:

Gerd Bollmann begrüßt für die SPD die Vorschläge von privater und kommunaler Entsorgungswirtschaft, die diese in einem gemeinsamen Positionspapier zur Neuordnung der Verpackungsverordnung vorgestellt hat. Das Papier ist eine gelungene Grundlage, die Verpackungsverordnung zu reformieren, die Konflikte zwischen privater und kommunaler Entsorgungswirtschaft zu lösen und eine Verbesserung des Recyclings zu erreichen.

Die SPD begrüßt die in dem gemeinsamen Positionspapier von privater und kommunaler Entsorgungswirtschaft vertretenen Vorschläge zur Neuordnung der Verpackungsverordnung. Der nach Entscheidung des Bundeskartellamtes eingeführte zwangsweise Wettbewerb zwischen dualen Systemen hat sich nicht bewährt. Immer wieder musste durch Novellierungen nachgesteuert werden, um Fehlentwicklungen zu korrigieren. Trotz aller Bemühungen gibt es weiterhin keinen richtigen Wettbewerb bei der Vergabe durch die Dualen Systeme in der Gemeinsamen Stelle. Dadurch drohen letztlich Oligopole zulasten mittelständischer und kommunaler Entsorgungsunternehmen. Außerdem sinkt die Menge der lizenzierten Verkaufsverpackungen weiter dramatisch. Ebenso leidet die Bürgerfreundlichkeit unter dem jetzigen System.

Die Verpackungsverordnung muss ökologisch und ökonomisch besser sowie bürgerfreundlicher werden. Bereits vor der 4. Novelle hat sich die SPD für eine Vergabe der Sammlung durch die Kommunen ausgesprochen. Der im Positionspapier dazu enthaltene Vorschlag, ist aus unserer Sicht eine sehr gute Möglichkeit, eine bürgerfreundliche, regional orientierte Sammlung zu ermöglichen. Die Vergabe durch die Kommunen ist dabei keine Rekommunalisierung, sondern die sinnvollste Lösung, die örtliche Sammlung in einer Hand zu koordinieren. Gleichzeitig bietet sie mittelständischen Unternehmen größere Chancen im Wettbewerb. Positiv ist auch der Vorschlag, die Registrierung und Kontrolle bei einer zentralen, beliebigen Stelle anzusiedeln. Dies hat sich bereits beim Elektroaltgerätegesetz bewährt.

Ebenso begrüßt die SPD die Vorschläge zur Weiterentwicklung zu einer gesamtheitlichen Wertstofffassung, für die wir uns seit langem einsetzen. Die Vorschläge bieten eine gute Basis, die Probleme bei der Aufteilung der Abfallmengen zwischen privater und kommunaler Entsorgungswirtschaft zu beheben.

Das gemeinsame Papier ist insgesamt eine gelungene Grundlage, die Verpackungsverordnung zu reformieren, die Konflikte zwischen privater und kommunaler Entsorgungswirtschaft zu lösen und eine Verbesserung des Recyclings zu erreichen.

Die SPD fordert die Bundesregierung auf, die Vorschläge der kommunalen und privaten Entsorgungswirtschaft zu übernehmen und Pläne weiterer Privatisierungen zulasten von Kommunen, Mittelstand und Bürger nicht umzusetzen.